

der 3. Parteikonferenz“ vorbereitet. Hierzu wollten die Kommissionen auch ihre Vorschläge unterbreiten. Zu Beginn der Tagung wurde den Abgeordneten jedoch eine Änderung der Tagesordnung bekanntgegeben und ihnen mitgeteilt, daß man sich nur mit den Fragen des Haushaltsplanes 1956 beschäftigen wird.

Nicht selten werden auch die Volksvertretungen mit Beschlußvorlagen förmlich überrumpelt. So wurde der Volksvertretung von Groß-Berlin in der 8. Tagung vom Magistrat ein Plan über „Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Organe der Staatsmacht von Groß-Berlin“ vorgelegt, ohne daß dieser, obwohl er Aufgaben für die Volksvertretung enthielt, vorher mit den Ständigen Kommissionen und den Abgeordneten beraten worden war. Die meisten Abgeordneten erhielten erst in der Sitzungspause das entsprechende Dokument ausgehändigt.

Die gewählten Leitungen der Partei in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden haben solchen Tendenzen nicht immer mit der notwendigen Konsequenz entgegengewirkt. In der Vorbereitung und auch in der Auswertung der 3. Parteikonferenz zeigte sich, daß sich sowohl die Grundorganisationen als auch die leitenden Parteiorgane zwar erfreulicherweise sehr stark mit den ökonomischen Fragen beschäftigen, diese aber isoliert von den staatlichen Aufgaben behandeln. In der Sitzung der Stadtleitung Potsdam und ihres Büros haben z. B. auch nach der 3. Parteikonferenz die Probleme der weiteren Demokratisierung keine Rolle gespielt. Das heißt doch aber, die richtige These, daß der Staat das Hauptinstrument beim Aufbau des Sozialismus ist, und die Stellung, die dabei die Organe der Staatsmacht einnehmen, nicht richtig begriffen zu haben.

Die Unterschätzung der Volksvertretungen, die in den leitenden Parteiorganen und in den Grundorganisationen unserer Partei und folglich auch in der Bevölkerung noch weit verbreitet ist, hat ihre Ursache auch darin, daß es noch keine genügende Klarheit über die Rolle der Volksmassen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gibt. Das Vertrauen in die großen schöpferischen Kräfte der Volksmassen ist noch nicht genügend entwickelt. Die bisherige Praxis der Bezirks- und Kreisleitungen war zumeist die, daß für die staatliche Seite der Durchführung eines Beschlusses der Genosse Vorsitzende des Rates verantwortlich gemacht wurde, daß aber versäumt wurde, auch die Kraft des Kollektivs der Volksvertretungen, der Ständigen Kommissionen und ihrer Aktivs richtig zu nutzen.

Aus dem Beschlußprotokoll des Büros der Bezirksleitung Dresden vom 24. April 1956 geht zum Beispiel hervor, daß zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Beseitigung der überhängigen Arbeitskräfte, vor allem in den Kreisen Zittau, Bischofswerda und Kamenz“ (welch eine Mißhandlung der deutschen Sprache! D. Red.) ein Beschluß gefaßt wurde. Dieser enthielt aber keinen Hinweis darauf, wie sich die Volksvertretungen und ihre Ständigen Kommissionen im Bezirk und in den Kreisen mit diesem Problem beschäftigen sollten. Der Beschluß enthielt lediglich Aufgaben für einige Fachabteilungen des Rates des Bezirkes und einem der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates.

Eine weitere Ursache für die Unterschätzung der Volksvertretungen ist auch mit darin zu suchen, daß in den Köpfen vieler Genossen noch die alten Vorstellungen von den bürgerlichen Parlamenten nachwirken und von ihnen unbewußt auf unsere Volksvertretungen übertragen werden. Der Unterschied zwischen Parlamentarismus und arbeitender Vertretungskörperschaft ist noch nicht tief genug in das Bewußtsein aller Genossen eingedrungen.